

StAR Idel erläutert den Bericht und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

BM Böhling erläutert, dass die Zuweisungszahl von Asylbewerbern und Spätaussiedlern gesunken ist und Wohnraum für diesen Personenkreis nicht mehr in dem Umfang wie früher benötigt wird. Die Wohnungen der Stadt haben einen guten Standard. Es wurde bei der Belegung immer Wert darauf gelegt, dass eine Mischung der Nutzer vorgenommen wird, um keine sozialen Brennpunkte zu schaffen. Da die Ordnungsverwaltung sehr gut arbeitet, ist ein Leerstand an Wohnungen entstanden. Dieser zieht jedoch Einnahmeausfälle nach sich, so dass Obdachlosennutzungen in reguläre Mietverhältnisse gewandelt werden sollten. Auf Nachfrage von RM Just teilt er mit, dass Obdachlose rechtlich verpflichtet sind, sich selber um eine Wohnung zu bemühen. Neben höheren Einnahmen von geschätzt mindestens 10.000 Euro jährlich haben Mieter sowohl mehr Rechte als auch Pflichten. Weiterhin hat die Stadt einige Objekte mit guten Chancen zum Verkauf.

RM Köhn bittet um Mitteilung der Verwaltungsgemeinkosten an den Personalkosten.

(Anmerkung der Verwaltung:

Diese betragen für den Bereich der Liegenschaftsverwaltung 3.054 Euro und für den Bereich Obdachlosen- und Asylbewerberunterbringung 2.600 Euro jährlich.)

RM Ottens betont, dass es richtig ist, keine Brennpunkte entstehen zu lassen. Gleichwohl sollte berücksichtigt werden, dass die guten Objekte entsprechend vermietet werden. Weiterhin bittet er um einen Plan mit der entsprechenden Belegung der einzelnen Objekte. RM Schmitz unterstützt dieses Anliegen. Es wäre wünschenswert, wenn im Rahmen eines zentralen Gebäudemanagements klar ist, welche Wohnungen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig beantragt er eine Bereisung der städtischen Immobilien.

BM Böhling teilt mit, dass eine entsprechende Aufstellung für jedes Objekt in der Verwaltung vorliegt. StAR Idel teilt mit, dass geplant ist, in der nächsten Sitzung alle Objekte vorzustellen. RM Schmitz zieht darauf seinen Antrag auf Bereisung zurück.

RM Just führt aus, dass Scheinobdachlosigkeit durch eine zu lange Verweildauer vermieden werden muss. Wie die Verwaltung bereits vorgeschlagen hat, sollten die Nutzungsverhältnisse sofort in Mietverhältnisse gewandelt werden. Hierzu soll der Beschlussvorschlag erweitert werden.

Auf Anfrage von RM Schauderna teilt BM Böhling mit, dass nur nicht mehr benötigte Objekte nach Wandlung der Nutzungsverhältnisse veräußert werden sollen.